

Parlament und Nebenregierung.

In dem Gesetze über die Volksvertretung heißt es: „Die vom Volke Deutschösterreichs gewählte konstituierende Nationalversammlung übernimmt als höchstes Organ des Volkes die oberste Gewalt der Republik. Alle öffentlichen Gewalten beruhen auf den von ihr beschlossenen Gesetzen.“ Eine Kundgebung des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte aber nennt die Nationalversammlung „Zufälle der Arithmetik“ und stellt ihr „die Tatsache der realen Machtverhältnisse“ im Staate drohend gegenüber, indem sie die Parteien „vor dem verbrecherischen Plane warnt“, an den Sozialisierungsvorlagen Änderungen vorzunehmen. So spricht die Diktatur zu Demokratie, die Klassenherrschaft zur Volksherrschaft, um es ist selbstverständlich, daß sich ein Parlament, das sich nicht selbst aufgeben will, gegen diesen Versuch einer Nebenregierung entschieden verwahren muß. Im Sozialisierungsausschusse haben heute die christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten Protest gegen diesen Terror von außen eingelegt und sogar schon den Auszug der Ländervertreter in Aussicht gestellt, wenn die Einschüchterung des Parlamentes von der Straße aus fortgesetzt würde. Die Meinungsverschiedenheit über die Organisation der Betriebsräte ist durch diese Kundgebung der Arbeiterräte, die sogar von einem sozialdemokratischen Abgeordneten, Friedrich Adler, unterfärbt ist, nur verschärft worden und es gewinnt fast den Anschein, als ob durch diese Scharfmacherei ein Ausgleich verhindert und die gesetzliche Durchführung der Sozialisierung, die beim linken Flügel der Sozialdemokraten einen großen Teil des Widerstandes gegen das Parlament mildern würde, unmöglich gemacht werden sollte. Denn die Gegensätze sind nicht so weit, daß ein so grobes Geschütz berechtigt wäre; die Einschränkung der Betriebsräte auf die großen Betriebe mit zwanzig und mehr Arbeitern war der erste Vorschlag, den der sozialdemokratische Staatssekretär Dr. Bauer selbst der Kommission gemacht hatte, und die Einführung der Betriebsräte in den nicht industriellen landwirtschaftlichen Betrieben ist derzeit kein soziales Bedürfnis. Jedenfalls haben sich die Sozialdemokraten dadurch den Weg zu einer Verständigung bedeutend erschwert, und da nur durch eine solche, nicht durch ein Diktat, die Schwierigkeiten in den grundsätzlichen Fragen gelöst werden können, auch der Erledigung des Zwischenfalles neue Hindernisse in den Weg gelegt. Die Sozialisierungskommission hat heute neuerlich einen großen Teil des Gesetzes über die Betriebsräte weiter beraten. Am Dienstag treten die Parteiverbände zusammen, um die bisher offen gelassenen Fragen zu erörtern. Dabei werden auch die grundlegenden Fragen, die zu dem Zwischenfalle geführt haben, von den Parteien nochmals beraten werden, und man hofft, daß sich dann nach den Wahlen, ein Ausweg aus der üblen Lage öffnen wird.

Proteste gegen die Drohungen der Sozialdemokraten.

In der heutigen Sitzung des Sozialisierungsausschusses gab zunächst Abg. Dr. Mayr (Christsoz.) namens der christlichsozialen Partei folgende Erklärung ab:

In den gestern erschienenen Wiener Blättern wurde eine Mitteilung des Vollzugsausschusses der Arbeiterräte Deutschösterreichs veröffentlicht, welche die Arbeiten der Nationalversammlung mit Gewalt zu hindern droht, wenn die Annahme der in Beratung stehenden Sozialisierungsgesetze nicht unverzüglich und unverändert erfolge. Einem solchen Versuch gegenüber, uns durch Drohungen zu beeinflussen, erklären wir, daß wir uns als freigewählte Vertreter unseres christlich-deutschen Volkes durch keinerlei Drohungen einschüchtern lassen, auch weiterhin die unveräußerlichen Rechte unserer Wählerschaft mit der größten Entschiedenheit zu vertreten und die Lebensinteressen des Bauern, Beamten, Arbeiter, Gewerbe- und Handelsstände nicht durch halschweißliche Tagesströmungen gefährden zu lassen. Eine gesunde und maßvolle Sozialisierung der Gesellschaft und des Staates, welche die Auswüchse des Kapitals in allen seinen Formen gründlich beseitigt, ist eine Hauptforderung unseres politischen und wirtschaftlichen Programmes. Fruchtbare Arbeit kann aber nicht auf dem Boden eines Scheinparlamentes, das ständig von der Gewalt bedroht wird, geleistet werden. Dadurch wird auch jede einvernehmliche Lösung auftauchender sachlicher Schwierigkeiten im Parlamente verhindert.

Abg. Dr. Butte gibt namens der Großdeutschen Partei eine ähnliche Erklärung ab, in der er gegen die unverantwortliche Verhetzung der Massen unter Leitung eines Abgeordneten schärfste Verwahrung einlegt und erklärt, daß seine Partei einem solchen verbrecherischen Versuche, die Demokratie auszuschalten, mit allen Mitteln entgegenzutreten werde. Auslandskredite zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen würden bei der Duldung einer derartigen Nebenregierung niemals zu beschaffen sein. Derartige Beschlüsse seien geeignet, die Länder immer mehr von Wien zu entfernen. Im Wege der natürlichen Fortentwicklung der Demokratie müsse jener Begegnung

aus-
r als
i Zu-

man
hatten
je Ar-
n und
isation
rat sei
man
gen die
utte.
ie im
Kund-

n einer
ekt mit
auf zu
sei im
ern

en und
ären.